

2009-06-17

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Betriebsausschusses Eigenbetrieb Stadtpflege am
12.12.2007

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:40 Uhr
Sitzungsort: Eigenbetrieb Stadtpflege Dessau, Speisesaal,
Wasserwerkstraße 13, 06842 Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Trocha, Harald

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Schröter, Steffen

Vertreter der Beschäftigten

Wehrmann, Rainer

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Nußbeck eröffnet die Beratung und bestätigt die Beschlussfähigkeit. Gegen die ordnungsgemäße Einladung bestehen keine Einwendungen.

- 2. Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

7 / 0 / 0 - einstimmig

- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 30.10.2007 und 21.11.2007**

Das Protokoll vom 30.10.2007 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 5 / 0 / 2 – mehrheitlich

Das Protokoll vom 21.11.2007 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 6 / 0 / 1 – mehrheitlich

4. Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Schönemann spricht das Thema „Brennverbot für Gartenabfälle“ an. Die Problematik sollte neu durchdacht werden. Es wäre erforderlich, Sammelstellen zur kostenlosen Anlieferung einzurichten. Ausgerichtet auf die zukünftige Entwicklung könnten die Kosten über eine Bedarfsposition in der Abfallgebühr refinanziert werden.

Die meisten Brenntage werden in den Vororten genutzt. Hier sollte bei der Gebühr ein Zusammenhang mit den Grundstücksflächen hergestellt werden.

Frau Moritz erklärt, dass ab 2008 im Landkreis Wittenberg eine sogenannte personenbezogene Abfallgrundgebühr für alle Einwohner erhoben werden soll. In dieser Grundgebühr sind Sammelstellen für Grünschnitt eingeschlossen. Eine solche Regelung könnte auch in Dessau aufgenommen werden, um Grünschnitt-Sammelstellen zu betreiben. Ein Flächenbezug als Bemessungsgrundlage für den Gebührenanteil von Sammelstellen ist damit jedoch auch nicht realisierbar.

Nun wurde aber gerade die neue Abfallgebührensatzung für die nächsten 3 Jahre beschlossen. Frau Moritz verweist in diesem Zusammenhang auch auf die derzeit laufende europaweite Ausschreibung für die Bioabfallverwertung. Gemäß Ausschreibungstext gibt es eine Bedarfsposition für die zusätzliche Annahme von Grünschnitt. Daher sollte man die Ergebnisse der Ausschreibung abwarten. Wenn es Sammelstellen gibt, wo die Bürger ihren Grünschnitt kostenlos anliefern können, ist aber zu befürchten, dass der derzeit kostenpflichtige Mehrbedarf bei der Bioabfallentsorgung nicht mehr über die grüne Tonne entsorgt wird.

Herr Schönemann weist noch darauf hin, dass es den öffentlichen Vorwurf gibt, das Brennverbot auf den Weg zu bringen, nachdem die Satzungsänderung bei den Abfallgebühren beschlossen wurde.

Frau Nußbeck teilt mit, dass der nächste Betriebsausschuss am 24.01.2008 stattfinden wird. Thema wird die Auswertung der Biomüllverwertungsausschreibung sein.

5. Beschlussfassungen

5.1. Übertragung der Lagerhalle der Autohaus Heise GmbH Vorlage: DR/BV/286/2007/II-EB

Diese Vorlage ist nur zur Information, da das Objekt im Rahmen des Flächentausches zwischen der Stadt und der Autohaus Heise GmbH an den Eigenbetrieb Stadtpflege übertragen wurde.

Frau Moritz erklärt, dass die Übertragung des Objektes rückwirkend zum 1.1.2007 erfolgte. Das Gebäude befindet sich an der Grundstücksgrenze neben der Fahrzeugwerkstatt des Eigenbetriebes. Es hat bislang nur einen Eingang über das Grundstück des Autohauses Heise. Hier soll als erste Maßnahme ein Tor zur Betriebshofseite des Eigenbetriebes eingebaut werden. Das Gebäude hat einen hohen Sanierungsbedarf. Über die abschließende Nutzung wird erst noch entschieden. Hier könnten Büros, eine Werkstatt für den Bereich Straßenbeleuchtung oder weitere Lagermöglichkeiten geschaffen werden. Vorstellbar ist auch der Einbau einer Zwischendecke. Daher wurde auch für das Jahr 2008 noch einmal ein Förderantrag zur Aufwertung des Gebäudes im Rahmen des Stadtumbauprogramms gestellt. Die Umbauvarianten werden dem Betriebsausschuss in einer gesonderten Beschlussvorlage zur Entscheidung vorgestellt. Die notwendigen Eigenmittel sind im Investitionsplan für 2008 eingestellt. Es soll jetzt kein Archiv mehr eingebaut werden. Zwischenzeitlich haben sich andere Möglichkeiten für die Unterbringung der Akten ergeben. Dazu wurden im Jahr 2007 Kellerräume unter der Fahrzeughalle hergerichtet.

Herr Busch spricht sich gegen einen Umbau mit Fördermitteln aus. Dazu gäbe es in Dessau genug Objekte, die es nötiger hätten. Teilweise sähe es in diesen Stadtteilen aus wie nach dem Krieg. Er spricht sich auch gegen die Schaffung von Büros aus. Man hätte die Möglichkeit, die Garagen im mittleren Teil des Betriebsgeländes als Büros auszubauen. Außerdem wäre noch das Objekt in Roßlau vorhanden.

Frau Moritz erklärt, dass Büros in der Wasserwerkstraße knapp werden. Die 2 Angestellten des Eigenbetriebes aus Roßlau werden zukünftig ihre Tätigkeit auch in Dessau ausüben. Für die Verwaltungsetage des Objektes in Roßlau wurde eine andere Lösung gefunden. Die obere Etage soll als Rettungswache für die Stadt Dessau-Roßlau hergerichtet werden. Dies hat sich angeboten, weil auch die Rosslauer Feuerwehr unmittelbar neben dem Standort des Stadtpflegebetriebes ihren Sitz hat. Die untere Etage wird aber weiter durch den Stadtpflegebetrieb genutzt (Umkleideräume, Lager usw.).

Herr Schönemann stellt fest, dass die Ansprüche der Betriebsleitung nachvollziehbar sind. Der Standort sollte im Rahmen der Möglichkeit des Stadtumbaus genutzt werden. Die Gebäudekonstellation am hiesigen Standort sollte aufgewertet werden. In die Betrachtung sollte eventuell auch einfließen, einen neuen Standort zu eröffnen oder diesen Standort fit zu machen für die Zukunft.

Herr Bähr teilt die Meinung, sieht aber ebenfalls Bedenken für die Herrichtung von Büros. Auf jeden Fall ist das Objekt jetzt im Besitz des Betriebes und sollte so schnell wie möglich hergerichtet werden.

Frau Moritz bekräftigt noch einmal, dass der Betrieb seit der Neustrukturierung im Jahr 1998 und der Aufgabe des Betriebsstandortes in der Otto-Mader-Straße Standortprobleme hat. Alle Aufgaben und Bereiche wurden damals hier untergebracht. Einige Aufgaben sind seitdem noch dazugekommen. Jetzt ist zwar Roßlau zusätzlich da, aber dadurch wird das Raumproblem hier nicht gelöst. Die Verwaltungsaufgaben sind zweckmäßigerweise am Standort Wasserwerkstraße konzentriert worden. Ein Umbau

des Speiseraums zu Büros soll nicht erfolgen, da das das verkehrte Signal an die Belegschaft wäre.

Die Vorlage zur Übertragung des Grundstücks mit aufstehender Lagerhalle wird zur Kenntnis genommen.

5.2. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Jahr 2008 **Vorlage: DR/BV/320/2007/II-EB**

Frau Nußbeck erklärt, dass der Wirtschaftsplan für das Jahr 2008 wenig Wiedererkennungswert zu den bisherigen Plänen hat. Frau Moritz hat sich intensiv bemüht, alle Abweichungen und Änderungen ausreichend zu begründen. Sie bittet Frau Moritz, auf die Schwerpunkte einzugehen.

Frau Moritz erklärt, dass man an Hand der langen Vorbemerkungen schon erkennt, dass der erste gemeinsame Wirtschaftsplan 2008 und die daraus abgeleitete mittelfristige Planung gewissen Restrisiken bei der Kosten- und Erlösprognose unterliegen. Es gab neben der Zusammenführung der beiden Eigenbetriebe in Dessau und Roßlau auch einige Aufgabenerweiterungen. Die Vorjahreszahlen der Eigenbetriebe sollen der Orientierung dienen. Im Hinblick auf die Straßenbeleuchtung wird darauf hingewiesen, dass diese erstmalig für die Stadt Dessau-Roßlau vollständig in den Wirtschaftsplan aufgenommen wurde. Die Aufwendungen für den Unterhalt der Straßenbeleuchtung und für Elektroenergie stehen in der Gewinn- und Verlustrechnung, die geplanten Investitionen der Stadt in diesem Bereich werden im Investitionsplan des Eigenbetriebes ausgewiesen. Diese Aufgaben sind dem Eigenbetrieb jedoch bislang auf Probe zugeordnet. Bis zum 29.02.2008 wird über die endgültige Aufgabenzuordnung entschieden. Der Investitionsplan weist außerdem eine Bedarfsposition in Höhe von 480 T€ aus. Entsprechend der europaweiten Ausschreibung zur Bioabfallverwertung kann es erforderlich sein, dass eine Umladestation für den Bioabfall gebaut werden muss. Sollte der Zuschlag an einen Bieter aus dem Umland der Stadt erteilt werden und keine andere Umschlagstelle genutzt werden können, soll diese Halle auf der Deponie gegenüber der derzeitigen Umladestation für Restabfall errichtet werden. Die Entscheidung über die Notwendigkeit des Baus kann daher erst nach Zuschlagserteilung erfolgen. Vor dem Bau einer weiteren Umladestation wäre der Baugrund in einer vorher durchzuführenden Deponiebaumaßnahme mit einer modifizierten Deponieabdeckung herzustellen. Dadurch könnte es zu Zeitproblemen beim Bau der Halle kommen, so dass es notwendig werden kann, bis zur Fertigstellung noch eine Halle anzumieten. Der weitere Finanzbedarf zur Sanierung der Deponie ist auf Seite 23 der Beschlussvorlage beschrieben. Im Bauabschnitt des Jahres 2007 wurden nur 20.600 m² von den ursprünglich geplanten 30.000 m² Deponieoberfläche abgedichtet. Die Arbeiten an den Restflächen sind daher in den Folgejahren neu zugeordnet worden. Weitere Fördermittel für die Deponiesanierung für die Folgejahre sind derzeit nicht zu erwarten, weil die Mittel für die Deponiesanierung in voller Höhe angesammelt wurden. Die Fördermittel des Jahres 2007 wurden nur gezahlt, weil zu vermuten war, dass die Stadt durch die Gebietsreform weitere Kosten für andere Deponien aufbringen muss. Durch die Auseinandersetzungsvereinbarung mit den an der Gebietsreform beteiligten Landkreisen muss der Eigenbetrieb jedoch keine weiteren Rückstellungen für die Deponiesanierung anderer Deponien bilden. Dadurch können im Rahmen des Jahresab-

schlusses 2007 bereits gebildete Deponierückstellungen teilweise ertragserhöhend aufgelöst werden.

Herr Kleinschmidt fragt, warum die Aufwendungen für Strom so stark ansteigen werden.

Frau Moritz erklärt, dass die Energiekosten für die Straßenbeleuchtung der Stadt mit 677,0 T€ den Ansatz im Vergleich zu den Vorjahren erhöhen. Diese Aufwendungen wurden neu in den Wirtschaftsplan aufgenommen.

Weiterhin fragt **Herr Kleinschmidt**, ob ab 2009 für die Fäkalienentsorgung in Kleingärten ein Kleinfahrzeug angeschafft wird.

Frau Moritz erläutert, dass bis Ende 2008 gemäß gültiger Fäkaliengebührekalkulation nur Großfahrzeuge im Einsatz sind. Derzeit ist die Anschaffung eines kleinen Entsorgungsfahrzeuges im Investitionsplan nicht vorgesehen. Auch die Fäkalienentsorgung in Kleingärten findet derzeit nur statt, wenn Großfahrzeuge eingesetzt werden können. Im Jahr 2008 ist die Fäkalienentsorgung für die nächsten 3 Jahre neu zu kalkulieren. Es ist möglich, die Kalkulation wieder in 2 Varianten zur Entscheidung vorzubereiten.

Herr Busch möchte wissen, was aus dem Projekt Fotovoltaikanlage auf der Deponie geworden ist. Wie man weiß, werden die Fördergelder immer geringer.

Frau Moritz wird zu den Ergebnissen der Untersuchung mit den Dünnschichtmodulen eine Informationsvorlage für den Betriebsausschuss erarbeiten. Es ist aber abzusehen, dass gemäß Recherche des Herrn Kirchwitz keine Verbesserung der bisherigen Ergebnisse erreicht wird. Außerdem ist die Fläche auf der Deponie, wo die Module aufgestellt werden könnten, noch nicht vollständig hergerichtet. Auch eine Zuwegung durch Betriebsstraßen gibt es hier noch nicht. Derzeit sind Geldanlagen auf der Bank mit 3-4 % deutlich rentabler als eine solche Investition. Nur bei Einsatz von Eigenmitteln sind ca. 2 % Rendite realisierbar. Hinzu kommen die Risiken wegen der langen Abschreibungsdauer von 20 Jahren. Daher ist der Bau einer solchen Anlage im Investplan nicht enthalten. Diese Investition wäre unwirtschaftlicher und mit höherem Risiko behaftet, als eine längerfristige Geldanlage bei einer Bank. Sinkende Zinserträge für die Deponierückstellung führen außerdem zu höheren Abfallgebühren.

Herr Busch wirft ein, dass man doch Stück für Stück bauen könnte. Man solle versuchen mit einem KfW-Pilotprojekt den Standort des Bundesumweltamtes aufzuwerten.

Herr Kleinschmidt erwidert, dass die Finanzierung nur aus dem EEG erfolgt und dass das Risiko einfach zu hoch ist.

Herr Bähr erklärt, dass man sich da den Vorwurf durch die Bürger machen lassen muss, dass die Mittel aus der Müllgebühr verbraucht werden. Er stellt die Frage, warum man auf dem Dach des Bundesumweltamtes keine Fotovoltaikanlage installiert habe, wenn das für den Standort des Bundesumweltamtes so wichtig sein soll. Trotz allem Für und Wieder ist die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens zu beachten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr zu erkennen waren, bittet Frau Nußbeck um Abstimmung zum vorgelegten Wirtschaftsplan.

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Wirtschaftsjahr 2008 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

8 / 0 / 1 - mehrheitlich

7. Schließung der Sitzung

Dessau-Roßlau, 22.12.20

Beigeordnete für Finanzen Sabrina Nußbeck
Vorsitzender Betriebsausschuss Eigenbetrieb Stadtpflege Schriftführer